



# GEMEINSCHAFTS-DIAGNOSE

## Stellungnahme der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose zur Jahresprojektion 2021 der Bundesregierung

**Gemäß § 2(2) Vorausschätzungsverordnung (EgVV) legt die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose hiermit als unabhängige Einrichtung ihre Einschätzung der Jahresprojektion 2021 der Bundesregierung vor.**

### Ergebnis der Prüfung

Die Projektion der Bundesregierung erscheint vor dem Hintergrund der derzeitigen Informationslage vertretbar. Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose befürwortet diese Projektion.

### Begründung des Ergebnisses

#### Die Jahresprojektion der Bundesregierung

Die Bundesregierung erwartet in ihrer Jahresprojektion eine Zunahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das laufende Jahr um 3,0% und für das Jahr 2022 um 2,6% (vgl. Tabelle 1). Dabei ist unterstellt, dass die Wirtschaftsleistung zu Beginn dieses Jahres durch die weiterhin bestehenden Infektionsschutzmaßnahmen zurückgeht. Durch die anschließende schrittweise Lockerung der Maßnahmen wird für das Sommerhalbjahr mit einer kräftigen Ausweitung der Produktion gerechnet. Anschließend wird sich die Erholung nach Einschätzung der Bundesregierung stark abschwächen. Im Ergebnis wird das Vorkrisenniveau der Produktion erst Mitte des Jahres 2022 wieder erreicht. Das Wachstum des Produktionspotenzials setzt die Bundesregierung für dieses und das kommende Jahr mit 1,0% an. Bis zum Jahr 2025 sinkt das Potenzialwachstum allmählich auf 0,8%, was im Wesentlichen auf demografische Faktoren zurückzuführen ist.

#### Veränderungen gegenüber der Herbstprojektion 2020

Gegenüber der im Oktober 2020 veröffentlichten Projektion hat die Bundesregierung die Prognose für die Veränderungsrate des BIP im Jahr 2021 um 1,4 Prozentpunkte zurückgenommen, die Prognose für das Jahr 2022 aber nur um 0,1 Prozentpunkte angehoben. Während für beide Jahre die Zuwachsraten des privaten Konsums nunmehr niedriger ausfällt, wurde die Prognose für den Anstieg der Importe in beiden Jahren angehoben.

#### ANSPRECHPARTNER

Prof. Dr. Torsten Schmidt  
RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung  
Tel +49 201 8149 287  
Torsten.Schmidt@rwi-essen.de

[www.gemeinschaftsdiagnose.de](http://www.gemeinschaftsdiagnose.de)

## **Einordnung der Jahresprojektion der Bundesregierung in das Spektrum vorliegender Prognosen und Bewertung**

Die hier beurteilte Projektion der Bundesregierung entstand im Januar 2021. Die als Vergleichsmaßstab herangezogenen Institutsprognosen wurden in der ersten Dezemberhälfte fertiggestellt; die Gemeinschaftsdiagnose wurde Anfang Oktober veröffentlicht.

Die Projektion der Bunderegierung für das Jahr 2021 liegt am unteren Rand der Institutsprognosen. Der Hauptgrund dafür dürfte sein, dass zwischen der Veröffentlichung der Institutsprognosen Mitte Dezember und der Erstellung der Jahresprojektion der Lockdown in Deutschland verschärft wurde und annahmegemäß über den Januar hinaus dauern wird. Entsprechend liegt die Bundesregierung bei der Zunahme der privaten Konsumausgaben im unteren Bereich der Institutsprognosen. Zudem wurden auch in anderen Ländern die Infektionsschutzmaßnahmen verschärft, was Mitte Dezember in diesem Ausmaß nicht abzusehen war. Daher liegt die Bundesregierung bei der Zunahme des Welt-BIP etwas unter dem Spektrum der Institute. Entsprechend wird der Anstieg der deutschen Exporte und der Ausrüstungsinvestitionen merklich schwächer als von den Instituten eingeschätzt. Im Unterschied dazu liegt die von der Bundesregierung erwartete Ausweitung der Bauinvestitionen in der Spanne der von den Instituten prognostizierten Werte.

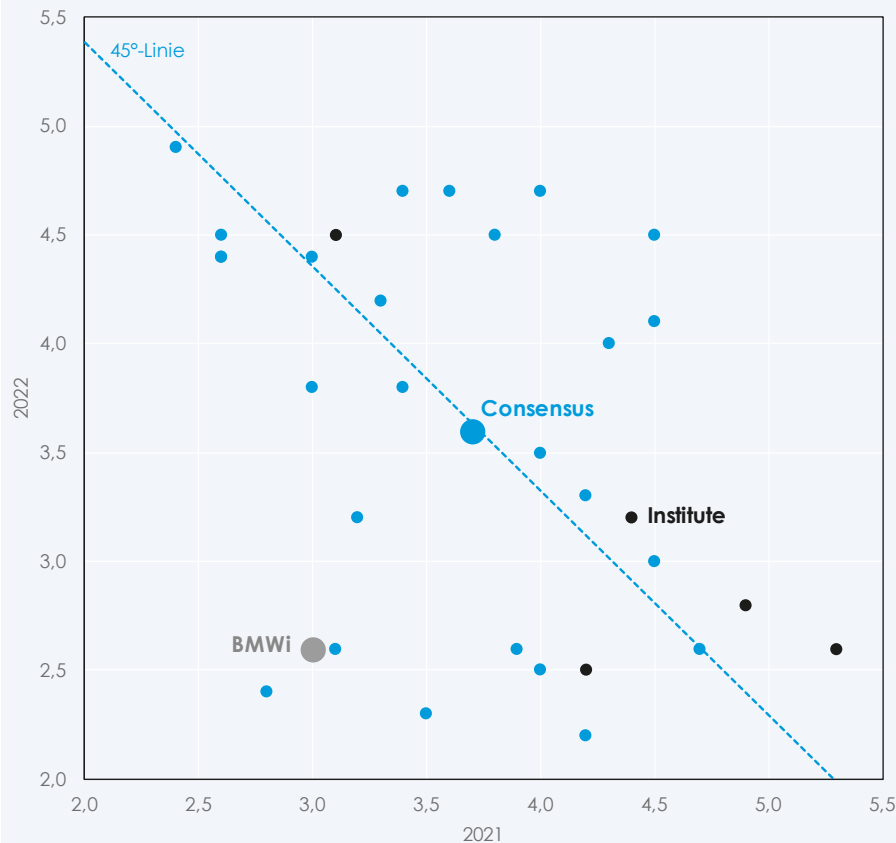
Für das Jahr 2022 erwartet die Bundesregierung einen Anstieg des preisbereinigten BIP, der wiederum am unteren Ende des Spektrums der Institutsprognosen liegt. Dabei geht sie von einem Anstieg des Welt-BIP aus, der sich in der Mitte der Institutsprognosen befindet. Auch die Exportprognose befindet sich in der Spanne der Institutsprognosen. Dagegen sind sowohl die Prognosen der privaten als auch der öffentlichen Konsumausgaben am unteren Ende des Prognosespektrums der Institute angesiedelt.

Das Ausmaß der Abwärtsrevision der Prognose für dieses Jahr ist vor dem Hintergrund der nunmehr vorliegenden amtlichen Daten für 2020 und des zwischenzeitlich verschärften beziehungsweise verlängerten Lockdowns plausibel. Letzterer ließe allerdings für sich genommen eine deutlich kräftigere Aufwärtsrevision der Prognose für das Jahr 2022 erwarten, weil dies die Erholung nur zeitlich verschiebt. Insbesondere würde eine Rücknahme der Infektionsschutzmaßnahmen im Verlauf des Jahres 2021 ein kräftiges Wiederanziehen der wirtschaftlichen Aktivität in den konsumnahen Bereichen nahelegen. Dafür spricht auch die Erfahrung aus dem vergangenen Jahr. Insgesamt liegen die von der Bundesregierung prognostizierten Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion in beiden Jahren am unteren Rand des Spektrums aktuell verfügbarer Konjunkturprognosen (vgl. Abbildung), so dass das Niveau der Produktion von Waren und Dienstleistungen im kommenden Jahr vergleichsweise niedrig ist. Angesichts der erheblichen Risiken für den Unternehmenssektor und der Unsicherheit über das Verhalten der privaten Haushalte ist die Prognose einer derart schwachen Erholung jedoch vertretbar.

Insgesamt befürwortet daher die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose die vorgelegte Projektion.

Abbildung

**Consensus-Prognosen für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt**  
Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Die der Abbildung zugrunde liegenden Prognosen wurden zu unterschiedlichen Zeitpunkten erstellt und basieren daher auf unterschiedlichen Annahmen zum Lockdown zu Beginn des Jahres 2021.

Quelle: Consensus Economics, Januar 2021.

© Stellungnahme Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Jahresprojektion 2021 der Bundesregierung

Die der Abbildung zugrunde liegenden Prognosen wurden zu unterschiedlichen Zeitpunkten erstellt und basieren daher auf unterschiedlichen Annahmen zum Lockdown zu Beginn des Jahres 2021.

## Hintergrund

Die Europäische Union hat in der Verordnung (EU) Br. 473/2013 unter anderem festgelegt, dass die der EU vorzulegenden mittelfristigen nationalen Finanzplanungen und staatlichen Haushaltsplanungen auf makroökonomischen Prognosen basieren sollen, die von einer unabhängigen Einrichtung entweder erstellt oder

befürwortet wurden. In Umsetzung dieser Verordnung hat der Deutsche Bundestag das „Gesetz über die Erstellung gesamtwirtschaftlicher Vorausschätzungen der Bundesregierung“ (Vorausschätzungsgesetz – EgVG) (Bundesgesetzblatt Jahrgang 2017 Teil I Nr. 43, herausgegeben am 4. Juli 2017, S. 2080-2081) erlassen. In dessen § 3 wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen eine unabhängige Einrichtung zu bestimmen, die „über die für die Überprüfung der Vorausschätzungen erforderlichen Sachkenntnisse, Erfahrungen und Mittel verfügt“, um die Vorausschätzung der Bundesregierung zu überprüfen. In der „Verordnung über die Erstellung der gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen der Bundesregierung“ (Vorausschätzungsverordnung – EgVV) wird die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose als unabhängige Einrichtung im Sinne von § 3 Satz 1 des EgVG bestimmt.

Nach § 2(2) der EgVV sollen die Institute der Gemeinschaftsdiagnose überprüfen, ob die Projektion der Bundesregierung „[...] unter Berücksichtigung der Informationen, die in die Vorausschätzung einfließen konnten, plausibel ist. Der Unsicherheit bei der Erstellung von Vorausschätzungen ist dabei Rechnung zu tragen. Zeitnah vorliegende gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen können bei der Beurteilung der Vorausschätzungen der Bundesregierung als Orientierung dienen.“

**Tabelle 1****Jahresprojektion 2021 der Bundesregierung**

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %, soweit nicht anders angegeben

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
<b>Annahmen</b>						
BIP-Wachstum Welt	-3,4	5,3	4,2			
Ölpreis (Brent, USD/Barrel)	43,3	50,7	49,6			
Wechselkurs USD/Euro	1,14	1,22	1,11			
<b>Makroökonomische Projektion</b>						
BIP (nominal)	-3,5	4,3	4,2			
BIP (preisbereinigt)	-5,0	3,0	2,6			
Private Konsumausgaben	-6,0	3,6	2,9			
Konsumausgaben des Staates	3,4	1,1	0,5			
Bruttoanlageinvestitionen	-3,5	3,6	3,5			
Ausrüstungsinvestitionen	-12,5	6,5	6,0			
Bauinvestitionen	1,5	1,9	2,4			
Investitionen in sonstige Anlagen	-1,1	4,1	2,8			
Exporte von Waren und Dienstleistungen	-9,9	6,4	5,7			
Importe von Waren und Dienstleistungen	-8,6	7,2	6,0			
Inländische Verwendung <sup>1</sup>	-3,9	2,9	2,4			
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen <sup>1</sup>	-0,7	0,0	0,0			
Außenbeitrag <sup>1</sup>	-1,1	0,1	0,2			
BIP-Produktionspotenzial	0,9	1,0	1,0	1,0	0,9	0,8
Wachstumsbeitrag: Faktor Arbeit <sup>1</sup>	0,1	0,2	0,1			
Wachstumsbeitrag: Faktor Kapital <sup>1</sup>	0,4	0,4	0,5			
Wachstumsbeitrag: Totale Faktor Produktivität <sup>1</sup>	0,4	0,4	0,5			
<b>Preise</b>						
BIP-Deflator	1,6	1,3	1,6	1,6	1,6	1,6
Deflator des privaten Konsums	0,6	1,6	1,6			
Verbraucherpreisindex	0,5	1,5	1,5			
Deflator des Staatskonsums	3,0	2,9	1,7			
Deflator der Bruttoanlageinvestitionen	1,5	1,7	1,6			
Deflator der Exporte	-0,4	0,7	0,7			
Deflator der Importe	-2,5	1,9	0,7			
<b>Arbeitsmarkt</b>						
Erwerbstätigkeit (Inland)	-1,1	0,0	0,6			
Arbeitsvolumen (in Std.)	-4,8	2,6	1,0			
Arbeitslosenquote (BA)	5,9	5,8	5,4			
Bruttolöhne und -gehälter	-1,2	3,2	3,1			
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	-0,4	3,0	2,6			
Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen	-4,0	3,0	2,0			
Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde	-0,2	0,3	1,6			

<sup>1</sup> Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

**Anlage****Zur Anhangstabelle der Jahresprojektion 2021 der Bundesregierung im Kontext aktueller Prognosen vgl. [hier](#).****Wissenschaftlicher Ansprechpartner**

Prof. Dr. Torsten Schmidt  
 RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung  
 Tel +49 201 8147 287  
[Torsten.Schmidt@rwi-essen.de](mailto:Torsten.Schmidt@rwi-essen.de)